INFO

UNDOGMATISCHE LINKE - HAMBURG

NR. 5/1974 8.OKT. DM 0.80

INHALT: Prozeßerklärung von E. Seckendorff - St.Pauli - Die Sanierungswalze rollt - Offener Brief an das Folterkomitee - Frauenaktion gegen Lesben-Prozeß - Mieter seid heiter, der Wohnungskampf geht weiter: Wohnungsreparaturen - Kommunique zur Klug-Aktion

PROZESSERKLÄRUNG VON E. SECKENDORFF

Am Freitag, dem 4. Oktober, begann im Strafjustizgebäude der Prozess gegen die beiden ehemaligen UG-Ärzte E. Seckendorff und M. Ewe. Die Anklagepunkte lauten:Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (RAF), Urkundenfälschung, Widerstand gegen die Staatsgewalt; zusätzlich gegen Seckendorff: versuchte Gefangenenbefreiung.
Am ersten Prozesstag verlas Seckendorff eine Erklärung, der sich auch Ewe angeschlossen hat. Wir drucken sie hier im vollen Wortlaut ab.

Es ist die Pflicht jedes Arztes, gegen Vernichtungspraktiken Stellung zu beziehen. Es ist seine Pflicht, in den Gefängnissen die zu unterstützen, die Widerstand leisten gegen Folter und Vernichtung. Oder der Arzt steht auf der Seite derer, die foltern und vernichten. Dazwischen gibt es keinen Platz.
Weil sie gegen Foltermethoden im Gefängnis Widerstand leisteten, wurden 1972 drei Ärzte aus dem Hamburger Gefängnislazarett hinausgeworfen. Zwei von ihnen wurden 3 Monate inhaftiert. Zwei Jahre danach macht die Justiz einen Gesinnungsprozess, um die Untersuchungshaft und Verfolgung,der wir ausgesetzt waren, abzusichern.

Seckendorff (r.), RA Jacobi

Gegenüber der direkten Vernichtung während des Nazi-Regimes durch Gestapo und Kripo haben sich die Formen der Vernichtung und Bekämpfung politischer Gegner nur darin verändert: in der Technologie und den Verschleierungsmechanismen. Die Reformen sind entweder Gerede oder sie dienen der Perfektionierung der Unterdrückung.

Die Funktion der Ärzte wird deutlich wenn Gefangene in die FOLTER-GLOCKE verschleppt werden. Die Fesselung eines Gefangenen auf einer Pritsche in dieser schallisolierten und per Fernsehauge überwachten Spezialzelle wird nur aufrechterhalten, wenn die zuständigen Ärzte den Gefangenen begutachten und durch ihre Unterschrift attestieren, dass der Gefangene noch weiter folterfähig ist. Entsprechend stammt auch der anstaltsinterne Name für dieses Folterinstrument, "Beruhigungszelle", aus dem medinzinischen Sprachgebrauch.

Auf unsere Frage: "Kann ein Arzt überhaupt verantworten, dass ein Gefangener in der Glocke isoliert wird?" und, "Welches sind die medizinischen Kriterien, nach denen ein Gefangener eine Nacht in der Glocke durchhält ?' war die Antwort der Ärzte Strunck, Mairose, Görlach, Jessel:" Das bekommt man doch mit der Zeit mit. Dafür hat man doch bald einen Blick!"

Die faschistische Tradition und Entwicklung ist an den Praktiken im Gefängnis deutlich zu erkennen. Die Veränderungen, das sind die Reformen. Reformen, das heisst: Umbenennung von Folterzellen in "Beruhigungszellen"; Austattung der Folterzellen mit Fernsehaugen; Einbeziehung von Ärzten in die neuen Isolationstechniken.

Seit der Inhaftierung und der Sonderbehandlung an politischen Gefangenen trat der faschistische Charakter des Unterdrückungssystems immer offener zutage. Während wir im Untersuchungsgefängnis arbeiteten, waren dort Gefangene aus der RAF inhaftiert, die systematisch von allen anderen Gefangenen isoliert wurden. So hiess es, wenn ein politischer Gefangener zum Arzt geführt wurde, "Alles unter Verschluss!" - Alle Gefangenen, die sich auf den Gängen aufhielten, wurden in die Zellen eingeschlossen. Die politischen Gefangenen wurden von allen menschlichen Kontakten abgetrennt. Die menschenleeren Gänge, ebenso wie die Isolationszellen, sollen verhindern, dass soziale Beziehungen entstehen können.

Bei dem lebensgefährlich verletzten Gefangenen Manfred Grashof hielten wir neben der morgendlichen Schnellvisite des Chefarztes Dr. Mairose

eine Nachmittagsvisite für notwendig Daraufhin versuchte uns Dr. Mairose mit vorgeschobenen Sicherheitsargumenten unter Druck zu setzen.

DieKonfrontation zwischen denen, die die Isolation gegen die Gefangenen anordneten, und uns spitzte sich weiter zu, als im Juni 1972 die politischen Gefangenen in einen Hungerstreik traten. Als die Gefangenen nach einer Woche den Hungerstreik weiterführten, sollte ich die Anordnung "Wasserentzug" unterschreiben, womit der Hungerstreik gebrochen werden sollte.

Wasserentzug, das heisst verdursten, Kreislaufzusammenbruch und Blutvergiftung nach sechs Tagen, das heisst Tod nach spätestens 12 Tagen.

Die leitenden Anstaltsärzte Mairose und Friedland setzten uns damit unter Druck, dass wir uns den Erfordernissen des Strafvollzugs unterzuordnen hätten: Es sei unsere Aufgabe, den Hungerstreik zu brechen. Was nichts andres heisst, als dass wir uns an einem Mordversuch beteiligen sollten.

Wir weigerten uns, diese Anordnung zu unterschreiben. Hierauf war die Antwort von Dr. Friedland: "Wenn Sie den Hungerstreik nicht brechen wollen, dann müssen Sie gehen." Der Kündigungs androhung folgte wenige Tage später ein Ermittlungsverfahren der politischen Polizei gegen uns wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB).

Sonderbehandlung der politischen Gefangenen, das heisst systematische Isolation von der Aussenwelt und von dem Innenleben im Gefängnis; das heisst Sprechverbot mit anderen Gefangenen und Verschleppung durch Rollkommandos, wenn die Gefangenen die Isolation zu durchbrechen suchen. Das heisst Einsperren in tote Trakts und geräuschisolierte Zellen nach dem Modell der Camera-silens-Forschung der Hamburger Universitätspsychiatrie. Systematische soziale Isolation und Reizentzug führen, wenn über Monate und Jahre angewandt, zu schweren körperlichen Schäden. Die Kreislaufzusammenbrüche von Astried Proll, Monika Berberich und Klaus Jünschke sind bekannt. Systematische Isolation soll die funktionen des Denkens und Handelns lähmen, soll politische Handlungsfähigkeit und revolutionären Widerstand vernichten. Systematische Isolation ist Vernichtung von Leben.

Diese Vernichtungshaft, die gezielt gegen die politischen Gefangenen in Hamburg und in der BRD angewendet wird, ist Teil der Entwicklung vom alten zum neuen Faschismus.
Die geplante und mit allen technischen Mitteln ausgeklügelte Isolation und Vernichtungshaft wird gegen eine Gruppe von Revolutionären angewandt, die gegen das imperialistische System der Ausbeutung und Vernichtung ge kämpft haben. Die Sonderbehandlung, der die politischen Gefangenen ausgesetzt sind, soll sie psychisch und physisch, d.h. politisch vernichten.
Für die Funktion der Ärzte bei der Isolation politischer Gefangener hat Bundesrichter Knoblich die Richtlinie angegeben:

"Die ständige ärztliche und psychologische Betreuung stellt sicher, dass die Haftbedingungen der jeweiligen körperlichen und psychischen Lage des einzelnen Gefangenen angepasst werden."

Ehemaliger UG-Arzt M.Ewe (r.) mit Verteidigern Jacobi und Reinhard

Die Justiz braucht also Ärzte, die die Auswirkungen der generell festgelegten Isolation bei den einzelnen Gefangenen beobachten und die dem Voll zug Ratschläge erteilen, wo etwas mehr isoliert werden soll und wo etwas weniger isoliert werden kann, um die Widerstandskraft des Gefangenen in den Griff zu bekommen, um herauszubekommen, wann der Punkt des Zusammenbruchs da ist - schlicht: um die Isolationsfolter dosieren zu können und dies alles unter dem Schein der ärztlichen Fürsorge.

Gegen die Vernichtungshaft befinden sich heute seit drei Wochen die Gefangenen aus der RAF und andere politische Gefangene in einem unbefristeten

Hungerstreik. Die Gefangenen werden den Hungerstreik erst beenden, wenn die Sonderbehandlung und Vernichtungshaft aufgehoben ist.

Ihr Widerstand soll mit allen Mitteln gebrochen werden: Hier in Hamburg sind die politischen Gefangenen im Untersuchungsgefängnis zentralisiert worden. Das bedeutet, dass Zwangsmassnahmen im Zentralkrankenhaus durchgeführt werden sollen und wieder die Gefängnisärzte ihren Teil zur Brechung des Hungerstreiks praktizieren.

Diese Methoden sind: Wasserentzug und Zwangsernährung. Beide Praktiken laufen unter dem Deckmantel der ärztlichen Fürsorge, beide aber sind ein Anschlag auf das Leben der Gefangenen. Wasserentzug ist Mordversuch. Die Zwangsernährung, bei der jeden Tag mindestens einmal mit Gewalt der Arzt einen Schlauch einführt und dabei Schleimhäute, Kehlkopf und Speiseröhre verletzt, ist nichts anderes als eine weitere Gewaltmassnahme , um den Hungerstreik zu brechen. Erstickungsanfälle, Lungenentzündungen und Tod sind die Folgen.

Ich fordere:

Kein Wasserentzug und keine Zwangsernährung zur Brechung des Hungerstreiks!

Sofortige Aufhebung der Sonderbehandlung und Vernichtungshaft an politischen Gefangenen!

★

ST. PAULI: DIE SANIERUNGSWALZE ROLLT

St-Pauli-Süd ist Sanierungsgebiet. Die Absichten, diesen Stadtteil grundlegend zu verändern, sind jedoch schon älter.
In St. Pauli wurden nach dem 2. Weltkrieg die Trümmer der zerstörten Wohnhäuser lediglich beseitigt, der Neubau von preisgünstigem Wohnraum, Schulen und Kindergärten wurde unterlassen. Die Bevölkerungszahl des Viertels ist in den Jahren 1950 - 1972 von 53 490 auf 30 518 gesunken. Von 1972 bis heute liegen uns keine Zahlen vor, sicher aber wird diese Entwicklung sich verschärft haben.
Die beschädigten Häuser wurden nur notdürftig wieder bewohnbar gemacht, Erneuerungen, Renovierungen wurden von den Besitzern - zumeist städtische Baugesellschaften, die Freie Stadt u.a., die seit 1972 in der SAGA fusioniert sind - nicht mehr vorgenommen. Entsprechend ist auch der Zustand der Häuser. Gute Bausubstanz, jedoch feuchte Decken und Wände, veraltete und schwache Elektrizitätsleitungen sind das unvermeidliche Ergebnis dieser Politik. Etwa 40 % der Häuser dieses Viertels wurden schon vor 1880 gebaut. Die meisten Wohnungen haben weder Bad noch Dusche, bei 20 % liegt die Toilette noch ausserhalb der Wohnung.

Dies alles soll nun bald der Vergangenheit angehören. Nicht im Sinne der Bevölkerung, die das Bedürfnis nach besseren und der Zeit entsprechenden Wohnungen hat, sondern gemäss der offiziell verkündeten Zielvorstellung, "dass Hafen, Handel, Dienstleistungsgewerbe und Industrie aller Art sich tatsächlich im umfassenden Sinne in unserer Stadt entwickeln können." (Bürgerschaftsdrucksache 4607 b)

Das heisst für die Bewohner von St. Pauli-Süd, dass sie vor allem für Verwaltungskonzerne Platz machen müssen, denn dieser Platz wird benötigt, soll Hamburg seine Metropolfunktion, innerhalb der neugeplanten Industrieregion Unterelbe weiter ausbauen, wie vom Senat angestrebt wird.
Die Bewohner von St. Pauli-Süd werden vermutlich schon in Kürze ihren Tribut für Senat und Konzerne zahlen müssen, wenn der jetzt noch 1 - 2 spurige Pinnasberg, zu einer 8-spurigen Hauptverkehrsstrasse erster Ordnung umgebaut wird. Diesem Zubringer der Autobahn Harburg-Kiel soll zunächst der Häuserblock Pinnasberg 43-46 weichen. Es wird dann sicher nicht mehr lange dauern, so das Kalkül der staatlichen Sanierer, bis auch die übrigen Bewohner des Pinnasberg und anderer umliegender Häuser vom täglichen und nächtlichen Durchgangsverkehr entnervt, ihre Häuser "freiwillig" verlassen. Die nötigen Voraussetzungen einer derartigen "Stadterneuerung" wurden von der SAGA bereits geschaffen.
Das Musterprojekt Hexenberg mit 450 Sozialwohnungen und einer Kaltmiete von 5,-/qm wurde vor einem Jahr fertiggestellt. Das Eigenlob der SAGA über ihr "Musterprojekt" stinkt in diesem Fall auch ganz real. So hatten einige Wohnungen des in Billigstbauweise hochgezogenen Häuserkomplexes schon nach kurzer Zeit feuchte Wände und verzogenen Türen und in einer Wohnung schwamm schon wenige Tage nach Einzug des neuen Mieters die Scheiße zentimeterhoch in der Wohnung weil der Abfluss nicht funktionierte.

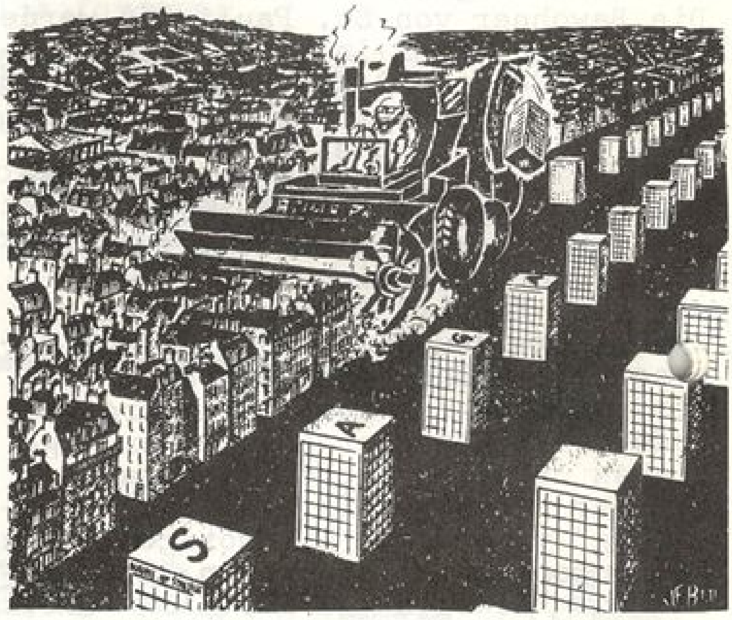
Ausquartierung der 200 südlich des Pinnasberg lebenden Familien wurde schon vor gut einem Jahr abgeschlossen. Ihnen war erklärt worden, die Wohnungen würden bald abgerissen, es wäre besser, sich schon nach einer neuen Wohnung umzusehen; teilweise wurde ihnen auch gekündigt. Etwa 140 dieser Familien wurden im Hexenberg untergebracht. Die freigewordenen Wohnungen wurden in einem Nutzungsvertrag dem Studentenwerk überlassen, das sie an Studenten weitervermietete. Deren Mietverträge beinhalten keinerlei Mieterrechte. Festgelegt ist lediglich, daß die Studenten am 31.12. 1974 ausziehen müssen. Anderenfalls "haftet der Mieter für den entstandenen Schaden, insbesondere auch für alle Verzögerungsschäden, ohne daß es auf ein Verschulden des Mieters ankommt."
Nebenbei räumt sich die SAGA das Recht ein, das Mietverhältnis"mit einer Frist von 4 Wochen innerhalb der Vertragszeit aus wichtigem Grund zu kündigen." Noch ein typischer Punkt dieser Verträge: "Der Vermieter leistet weder bei Nutzungsbeginn noch während des Nutzungsverhältnisses eine Gewähr für den baulichen Zustand" und: "Der Mieter wird die erforderlichen Reinigungs- und Renovierungsarbeiten auf eigene Kosten ausführen." Als mobile Zwischenmieter, die den Wohnraum bis zum Abriss nutzen sollen, sind wir absolut rechtlos, anscheinend aber noch geeignet, um die Mieteinnahmen der SAGA noch zu erhöhen. Eine 4-Zimmer-Wohnung, für die die Altmieter 130 - 150 DM zahlen mußten, kostet jetzt schon 200 DM. Sowas kann den gemeinnützigen Anspruch der SAGA aber natürlich nicht erschüttern.

Die Mieterinitiative am Fischmarkt-Pinnasberg

Die SAGA hat es auch nicht versäumt, vorhandene Unterschiede zwischen den Altmietern von St. Pauli-Süd und den 150 Studenten in den Häusern Fischmarkt-Pinnasberg für sich auszunutzen. Von den 150 Studenten sind ungefähr 50 Afrikaner, die vornehmlich in den Wohnungen am Pinnasberg wohnen. Am 12.6.74 lief am Pinnasberg eine Polizeiübung von etwa 60 Bullen der Schutzpolizei, der Kripo und des MEK ab, die in kugelsicheren Westen und mit entsicherten Revolvern das Haus am Pinnasberg Nr. 43 stürmten. In diesem Haus wohnten außer 2 deutschen Mietparteien nur Afrikaner. Die Bullen drangen in alle Wohnungen ein und brachen dabei einige Türen auf. Die Bewohner wurden in Schach gehalten, ihre Wohnungen z.T. mehrfach durchwühlt. Der Überfall dauerte 1 Stunde und endete mit der Festnahme von 5 afrikanischen Studenten, die mit auf dem Rücken gefesselten Händen aus dem Haus geschleppt wurden. Von der Polizei gab es keine offizielle Begründung ihres Terrors. In der MOPO hieß es: "Grund des Einsatzes war eine vertrauliche Mitteilung an die Polizei, daß sich in diesem Haus langgesuchte, bewaffnete Ausländer aufhalten sollen."

Die Polizei wußte sehr genau, wen sie vor sich hatte. Sie hatte zahlreiche Personenkontrollen der Afrikaner auch in den Nachbarhäusern in der Zeit vorher durchgeführt. Vier der festgenommen Afrikaner hatten ein gültiges Visum, der fünfte ein abgelaufenes Touristenvisum.
Der Polizeiüberfall war das auslösende Moment für die Entstehung der Mieterinitiative Fischmarkt-Pinnasberg.
Ab jetzt fanden regelmäßig Hausversammlungen statt, um die Isolierung, die zwischen den afrikanischen und deutschen Studenten bestand, zu durchbrechen, was jedoch trotz intensiver Bemühungen nicht einmal ansatzweise gelang. Es wurden Informationsblätter über die im BGB enthaltenen formalen Rechte und über die Geflogenheiten der Polizei, speziell des Mobilen Exekutionskommandos verteilt, um durch Aufklärung Hilflosigkeit gegenüber den Bullen entgegenzuwirken.
Die eigentliche Grundlage der Hausversammlung ist jedoch das gemeinsame Interesse so ziemlich aller Studenten, die jetzt in den Häusern wohnen, dort bleiben zu können.

Der preiswerte und guterhaltene Wohnraum am Fischmarkt und Pinnasberg muß durch Renovierung den zeitgemäßen Wohnansprüchen angepasst werden, anstatt ihn der Profitsucht der Konzerne zum Opfer fallen zu lassen. "Musterprojekte" wie der Hexenberg sind schon deshalb keine Alternative, weil dort eine 4-Zimmer-Wohnung ca. 500 DM kostet.



In einem Offenen Brief forderten die Studenten die SAGA auf, die zur Diskussion stehenden Sanierungspläne zu veröffentlichen. Die SAGA antwortete zynisch: "Diese Praxis ist volkswirtschaftlich und sozialpolitisch vernünftig. Sie kann aber nur weiter betrieben werden, wenn sich daraus keine Schwierigkeiten bei der Neuordnung eines Stadtgebietes ergeben."(gemeint ist die Funktionalisierung der Studenten als mobile Zwischenmieter in Sanierungsgebieten.)
Der Drohcharakter dieses Briefes ist offensichtlich, ebenso wie die "Empfehlungen" an die Altmieter, "sich schon nach geeigneten Wohnungen umzusehen".
Am Sonnabend, den 14.9. führte die Mieterinitiative in den Häusern am Fischmarkt-Pinnasberg eine Aufklärungsaktion mit 5000 Flugblättern, Info-Tischen, Transparenten und einer 100-Watt-Anlage durch, um über die Sanierung von St.Pauli-Süd und die Situation der Bevölkerung zu informieren. Um den Publicity-Effekt zu erhöhen, strichen wir demonstrativ unsere Fenster, was sich auch als sehr positiv erwies. Etwa 1500 Unterschriften wurden am Info-Tisch gesammelt. Die MOPO brachte einen kurzen Artikel: "Junge, Junge, zur Abwechslung wurde auch mal wieder protestiert". Dort hieß es auch:

"Wenn die Bürgerschaft entscheidet, daß die Wohnungen wieder renoviert werden, dann stehen sie vorrangig wohnungssuchenden Familien - z.B. Hafenarbeitern - zur Verfügung."

Ein wenig seltsam ist es allerdings, daß die Familien dort erst gekündigt werden, um sie dann wieder sogar in eine renovierte Wohnung zu setzen. Im übrigen tauchte diese Variante unseres Wissens zum ersten Mal auf.

Auch der AStA beeilte sich, uns einen dummerhaftigen Brief zu schicken, in dem es hieß, die Verhandlungen zwischen SAGA und Studentenwerk würden noch im September aufgenommen. Es wäre nicht das erste Mal, daß der AStA versucht, die Studenten zu verarschen.

ein Genosse aus den Häusern

Unsere Forderungen:

Kein Abriß ohne Zustimmung der St.Paulianer!
Offenlegung aller Planungsvorhaben!
Ist ein Abriß notwendig, muß die SAGA Ersatzwohnungen mit Bad, Toilette und Heizung im Raum St.Pauli/Altona zur Verfügung stellen, die die St.Paulianer auch bezahlen können!
Sämtliche Mängel, gleich welcher Art, müssen sofort und auf Kosten der SAGA beseitigt werden.

Wohnungskampf in Frankfurt

Herausgeg. vom HÄUSERRAT Frankft.

Zehntausende leerstehender Wohnungen – die Zerstörung alter Wohnviertel – Mieten, die niemand mehr bezahlen kann – dagegen richtet sich der immer massenhafter werdende Widerstand. Frankfurt war das Zentrum dieser Bewegung. Der Zusammenhang von kapitalistischer Stadtentwicklung und der Widerstand dagegen wird hier dokumentiert und analysiert vom HÄUSERRAT.

ca 180 S. ca. DM 9.00

OFFENER BRIEF AN DAS FOLTERKOMITEE

Anfang August erhielten die Unterzeichnenden vom Komitee gegen die Folter einzeln eine Erklärung folgenden Wortlauts zur Unterschrift vorgelegt:
"Hiermit fordere ich die freie Arztwahl für alle Gefangenen. Ich erkläre mich bereit, politische Gefange im Gefängnis unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht auch gegenüber Gefängnisärzten und Anstaltspersonal zu behandeln.
Ergebnisse der Untersuchung werde ich nur den Gefangenen selbst oder den von ihnen gewählten Anwälten zur Verfügung stellen."
Diese von möglichst vielen Ärzten zu unterzeichnende Erklärung sollte Anfang September auf einer Pressekonferenz veröffentlicht werden.
Wir waren, wie früher schon, einzeln agitiert worden und mit moralischen Argumenten unter Druck gesetzt worden. Wir schlossen uns zu einer Gruppe zusammen, um mit dem Komitee gemeinsam zu diskutieren. Aus zwei Diskussionen mit dem Komitee kam der folgende Brief zustande. (Ende August)
Inzwischen hat das Komitee diese Unterschriftenaktion fallengelassen. Trotzdem wollen wir unseren Brief veröffentlichen, weil wir meinen, daß unsere Kritik grundsätzlicherer Art ist und deshalb der undogmatischen Linken in Hamburg zur allgemeinen Diskussion zugänglich gemacht werden sollte.

OFFENER BRIEF AN DAS KOMITEE GEGEN FOLTER, Hamburg

Liebe Genossen,
Nach unserer letzten Diskussion mit Euch müssen wir davon ausgehen, daß Ihr mit der von Euch verfassten Erklärung, die von uns Ärzten unterschrieben werden soll, und Eurer Aktion dazu im Grunde zum jetzigen Zeitpunkt ausschließlich freie Arztwahl für politische Gefangene fordert. Ihr begründet das mit der Sonderbehandlung politischer Gefangener.
Wir sind dagegen der Meinung, daß die Folter gegen politische Gefangene (Isolation, Wasserentzug bei Hungerstreik etc.) lediglich systematischer angewandt wird, als bei den übrigen Gefangenen, die bei jeglichem Widerstand gegen die Justiz ebenfalls schärfsten Repressionsmaßnahmen ausgesetzt sind (Glocke, ebenfalls Wasserentzug bei Hungerstreik, Totschlag in Mannheim und wahrscheinlich auch anderswo).
Deswegen meinen wir, daß es politisch notwendig ist, freie Arztwahl für alle Gefangenen zu fordern. Eure Forderung erscheint uns elitär und nur geeignet, die Distanz zwischen "normalen" und politischen Gefangenen noch zu vergrößern. Wir meinen jedoch auch, daß bei der Behandlung der politischen Gefangenen neben der Vernachlässigung der medizinischen Versorgung die Medizin viel konsequenter als bei anderen als Wissenschaft gegen sie gewandt wird zum Zweck der Folter. Deswegen verändern wir für uns die Erklärung folgendermaßen:

> "Hiermit fordere ich freie Arztwahl für alle Gefangenen. Ich erkläre mich bereit, Gefangene im Gefängnis zu behandeln, insbesondere politische Gefangene, die der Isolationshaft ausgesetzt sind, unter Wahrung der ärztlichen Schweigepflicht auch gegenüber Gefängnisärzten und Anstaltspersonal.
> Ergebnisse der Untersuchung werde ich nur dem Gefangenen selbst oder den von ihnen gewählten Verteidigern zur Verfügung stellen."

Die Tatsache, daß Ihr Euch auf diesen Text nicht mit uns einigen konntet, zeigt uns, daß Euer erster Satz: "Freie Arztwahl für alle Gefangenen" inhaltslos und unglaubwürdig ist.
Wir möchten aber auch noch einiges zu Eurem Verhalten uns gegenüber sagen. Ihr habt uns die Erklärungen einzeln vorgelegt und damit eine verbindlichere Diskussion zu verhindern versucht. Eine gemeinsame Diskussion zwischen 2 Vertretern von Euch und uns kam erst auf unsere Initiative hin zustande. Dabei haben Eure beiden Vertreter unsere Formulierung als gut akzeptiert und wollten sie Euch zur Diskussion vorlegen. Eine erneute Diskussion sollte stattfinden, falls Ihr unsere Formulierung nicht akzeptieren konntet. Nach einer Woche bekamen wir die unveränderte Erklärung einzeln von Euch per Post zugeschickt. Die vereinbarte Diskussion fand wieder erst auf unsere Initiative hin statt. Hierbei haben Eure 4 (anderen) Vertreter uns mit der obigen Argumentation kategorisch mitgeteilt, daß Ihr nicht bereit seid, von Eurem Text abzuweichen. (Ihr wart nicht einmal dazu bereit, Eure eigene Forderung schärfer und konsequenter zu formulieren, indem Ihr den ersten Satz streicht.) Diese Vorgehensweise können wir nicht anders interpretieren, als daß Ihr uns doch nur funktionalisieren wolltet. Die Einzelagitationen erscheinen uns deshalb auch nicht als zufällig, sondern als Eure Methode, weil Ihr dabei jeweils mit moralischer Argumentation versucht habt, uns unter Druck zu setzen und uns damit zu verschiedenen Stellungnahmen zu bewegen. Zu einer echten Auseinandersetzung mit uns wart Ihr nicht bereit, Ihr habt sogar gesagt, dies sei Eure Aktion und uns bliebe nur die Wahl, zu unterschreiben oder nicht zu unterschreiben.

Wir sind nicht bereit, uns auf eine solche Verhandlungsweise mit Euch einzulassen. Diesen Brief haben wir vor allem auch deshalb geschrieben, weil wir doch noch hoffen, daß Ihr Euch bei dem Versuch, ein politisches Bündnis zu schließen, klarer darüber werdet, was das heißt: nämlich die Gemeinsamkeiten zwischen Euch und Euren Bündnispartnern herauszufinden und in die Aktion umzusetzen und nicht auf Euren Standpunkten zu beharren und zu fordern, daß man sie uneingeschränkt übernimmt.
Wir werden diesen Brief an den ID, die WWA, das Med-Info des Sozialistischen Büros und das Info für die undogmatische Linke in Hamburg zur Veröffentlichung zur Verfügung stellen, weil wir meinen, daß die Kritik an Euch nicht nur für Hamburg spezifisch ist und die Diskussion mit Euch auch auf anderen Ebenen ausgetragen werden müßte.
Außerdem werden wir ihn auch sämtlichen uns bekannten Medizinergenossen in der BRD schicken.
Wir grüßen Euch solidarisch

15 Ärzte und Medizinalass.

★ ★ ★

FRAUENAKTION GEGEN LESBEN-PROZESS

(ID)

Nachdem für Montag, den 16. September der erneute Verhandlungsbeginn im Prozess in Itzehoe gegen die beiden lesbischen Frauen Marion Ihns und Judy Andersen angekündigt war, entschlossen sich Frauen aus Berlin und Hamburg zu einer gemeinsamen Protestaktion.

Wir waren 20 Frauen, davon 9 aus der Homosexuellen-Aktion-Westberlin (Frauengruppe) und 13 aus der Hamburger Frauengruppe. Einige heterosexuelle Frauen der Hamburger Gruppe solidarisierten sich voll mit uns, ohne davor zurückzuschrecken, dass sie in der Presse später als Lesbierinnen dargestellt werden könnten.

Gründe für unsere Aktion waren die Umfunktionierung diese Mordprozesses zum Lesbenprozess, was durch uneingeschränkte Fotografiererlaubnis und sensationelle Presseberichterstattung zum Ausdruck kam. In ellenlangen Artikeln der liberalen Blätter und täglichen Fortsetzungsserien in der Springerpresse wurde die Notwehrhandlung einer täglich bis zu dreimal vergewaltigten Ehefrau dargestellt als unzurechnunsfähige Tat (§51) einer sexuell Perversen.

Genauso wurde in der Gerichtsverhandlung, bei der wir anwesend waren, die lesbische Beziehung der beiden Frauen durch ständige diskriminierende Anspielungen von Richter und Staatsanwalt als primäres Tatmotiv hervorgehoben.

Nachdem die geilen Pressefotografen die beiden angeklagten Frauen mit ihren Pseudophallussen beschossen hatten und wir uns eine Stunde lang die nun zum zweiten Mal gestellten quälenden Fragen nach dem Warum und Wie der Entstehung und Entwicklung ihrer lesbischen Beziehung anhören mussten, stiegen wir auf die Sitzbänke und 6 Frauen zogen ihre Pullover aus, unter denen sie weiße T-Shirts trugen, auf deren Rückendas Frauenzeichen(rote Faust durchbricht Venusspiegel) zu sehen war. Vorne stand mit Klebestreifen auf jeder ein Wort: Gegen geile Presse - für lesbische Liebe. Dazu riefen wir die Parolen:lesbische Liebe ist schön-die geile Männerpresse haut den Frauen in die Fresse.

In dem inzwischen entstandenen Tumult waren die Richter und Geschworenen samt den angeklagten Frauen in den Nebenraum verschwunden und die Reporter und Fotografen stürzten sich nach Interviews geifernd auf uns. Wir gaben keine Interviews und verwiesen nur auf die verteilten Flugblätter und setzten unsere Aktion vor dem Gerichtsgebäude fort, wo wir uns zum Teil, um unerkannt zu bleiben, Hexenmasken aufsetzten und die Gesichter weiß bemalten. Ein paar Frauen gingen als sog. Sandwiches, auf denen z.B. stand:

Trikont
8 München 80
Josephsburgstr. 16

Frauen-OFFENSIVE
Frauen aus verschiedenen Frauengruppen geben eine eigene Reihe heraus: FRAUENOFFENSIVE – Buchreihe – Journal – Schallplatten. Informationen über die Frauenbewegung aus dem In- u. Ausland, feministische Analysen und subjektive Erfahrungsberichte sollen zur Diskussion gestellt und die praktischen Bewegungen unterstützt werden.

2 stehen vor Gericht,2 Millionen werden angeklagt - Tat: Mord, Anklage: lesbische Liebe - Wie oft darf eine Frau vergewaltigt werden, bis sie zurückschlägt? - Wir klagen die Justiz an, die sich am Elend zweier Frauen aufgeilt.

Bei der anschließenden spontanen Demonstration zum Marktplatz von Itzehoe wurden wir von Bullen angehalten, die sich ca. 10 Adressen aufschrieben, aber mittendrin wieder abberufen wurden. An den Reaktionen der Bevölkerung merkten wir, daß man uns eigentlich bei der Judenvergasung vergessen hatte. Das läßt sich aber zeitlich nicht ganz mit der Ansichtder Hamburger "Umschau am Abend" (Funk, Dr. Hill) vereinbaren die uns als Mädchenriege und ahnungslose Kinder hinstellte.

HAW-Frauengruppe Berlin

(Das während dieser Aktion verteilte Flugblatt ist im "Informations-Dienst" Nr. 50 vom 29.9.74 abgedruckt)

MIETER SEID HEITER
DER WOHNUNGSKAMPF GEHT WEITER

<u>Vorbemerkung</u>

Der folgende Beitrag ist ein -um den Vorspann gekürztes - Papier, das im Rahmen der Arbeit der Mieterinitiative Eppendorf entstanden ist.
Wie bereits im INFO Nr. 2 dargestellt, haben die studentischen Mieter des Häuserblocks Haynstr. 1/3 - Hegestr. 1 sich schon seit längerer Zeit zusammengeschlossen, um ihren geplanten Rausschmiß zu verhindern. Diese Häuser wurden nämlich von der IHA-Hausbau aufgekauft, um an ihrer Stelle teure Eigentumswohnungen zu bauen.

Eines der wesentlichsten Ziele der Mieterinitiative war es, den Plan des Hausbesitzers zu durchkreuzen, der durch das bewußte Verfallenlassen der Häuser schneller seine Abbruchgenehmigung bekommen will. Die Mieter ließen deswegen selbst die Reparaturen durchführen, die in mehreren Jahren angefallen waren, und zogen die Reparturauslagen von der Miete ab. Eine ähnliche Aktion läuft gegenwärtig im Sanierungsgebiet "Falkenried", das weitgehend von der Neuen Heimat aufgekauft worden ist.
Das folgende Papier schildert die juristischen Bedingungen, unter denen ein derartiger Schritt möglich ist.

Daß es eine beliebte Verhaltensweise insbesondere von Altbauhausbesitzern ist, ihre Häuser verfallen zu lassen und gleichzeitig hohe Mieten einzustreichen, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist jedoch, daß es,wie unten dargestellt, durchaus Möglichkeiten gibt, auf legalem Wege sich dagegen zu wehren. Daß diese Möglichkeiten kaum bekannt sind und noch weniger von den Mietern auch wahrgenommen werden, ist ein Ausdruck der totalen Defensivposition, in der sich die Mieter vor allem aufgrund der in Hamburg vorherrschenden Wohnungsnot gegenüber den Hausbesitzern und Wohnungsbaugesellschaften befinden.
Aus diesem Grunde kann auch eine einfache Ausnutzung der wenigen gesetzlich verankerten Mieterrechte schon eine wichtige politische Funktion im Wohnungskampf haben, kann ein erster Ansatzpunkt sein, um die Mieter eines oder mehrerer Häuser zu vereinigen oder auch nur eine Möglichkeit, individuell seine Wohnverhältnisse zu verbessern.

1. Die Instandhaltungs- und Instandsetzungspflicht des Vermieters

Die Hauptpflicht des Vermieters ist, das Haus und die Wohnungen instandzuhalten, d.h., alle auftretenden Schäden zu reparieren. Auch wenn im Vertrag steht, daß er daß nicht muß, muß er es doch !
Davon gibt es zwei Ausnahmen:

a) Schäden, die der Mieter selbst verschuldet hat. Dazu zählt nicht, was im Laufe der Zeit durch Abnutzung, normalen Gebrauch und Alter kaputtgeht.
b) Schönheitsreparaturen, d.i. Tapezieren von Wänden, Streichen von Fenstern und Türen (natürlich nur innerhalb der Wohnung). Dies muß der Mieter machen, aber nur, wenn es im Mietvertrag steht (was allerdings die Regel ist), sonst muß dies auch der Vermieter machen!

Der Vermieter muß also alle Schäden ("Mängel" heißt es im § 537 BGB) am Haus (defekte Treppen, Beleuchtung, kaputtes Dach, unzureichender Wärme- und Schallschutz, Hausschwamm, usw.) oder in der Wohnung (undichte Fenster und Türen, schadhafte Fußböden, feuchte Wände usw.) auf seine Kosten beseitigen. Voraussetzung ist allerdings, daß durch die Schäden der Mieter bei der Benutzung des Hauses und/oder der Wohnung erheblich beeinträchtigt wird, d.h. , nicht mehr so bequem wohnt oder sonst irgendwie gestört wird.
Es ist allerdings oft so, daß die Hauseigentümer nichts oder nur das Allernotwendigste reparieren lassen, dagegen aber fleißig die hohen Mieten einstreichen. Das brauchen die Mieter aber nicht hinzunehmen!

2. Was tun, wenn der Hauseigentümer nicht repariert ?

Wichtig ist: Alle Mieter gemeinsam, nicht einzeln vorgehen!
Am besten eine Hausversammlung aller Mieter durchführen und dort eine gemeinsame Liste aller Schäden im Haus und in den Wohnungen aufstellen. Diese Liste zusammen mit einem Brief (möglichst durch Einschreiben) an den Hauseigentümer senden. Im Brief wird er aufgefordert, alle Reparaturen sofort machen zu lassen und es wird ihm eine Frist (nicht zu lange, 1-2 Wochen) gesetzt zur Beantwortung. Man teilt ihm mit, daß man die Reparaturen selbst durchführen lassen wird und die entstandenen Kosten von der Miete abziehen lassen wird, falls er nicht repariert.
Dieses Verfahren ist in § 538 Abs.2 und § 552a BGB geregelt. Zuerst muß man den Vermieter in "Verzug" bringen. Der Vermieter ist im "Verzug", wenn er nicht innerhalb der Frist, die man ihm im Brief gesetzt hat, von sich hören lässt und gesagt hat, wann er repariert.

Im § 552a steht, daß die "Aufrechnung bei Wohnraum "unabdingbar" ist. D.h.: Auch wenn im Mietvertrag steht "Es darf nicht aufgerechnet werden", so hat der Mieter dieses Recht trotzdem. Jedenfalls gilt das für Aufrechnung mit Reparaturkosten.
"Aufrechnung" heißt: Der Mieter verrechnet Forderungen gegenüber dem Vermieter. Der Mieter zieht seine Forderung, in diesem Fall die Reparaturauslagen, von der Miete ab.

Reihe
ROMANE
REPORTAGEN
Autobiographien
Trikont
8 München 80
Josephsburgstr. 16

Man muß dieses Verfahren einen Monat, bevor man seine Auslagen von der Miete abzieht, angekündigt haben. In der Höhe gibt es kein Beschränkungen: Bei entsprechend hohen Kosten der Reparaturen wird der Mietzins eben in voller Höhe aufgebraucht, auch mehere Monate lang. Der Vermieter kann sich auch nicht auf seine Mieteinnahmen als Grenze berufen: er ist verpflichtet, die Reparaturen in voller Höhe zu zahlen, auch wenn sie seine Mieteinnahmen weit übersteigen!

Beachte aber: man darf zwar die volle Grundmiete einbehalten, die Umlagen (Wasser- und Sielgebühren, evtl. Heizung, die sonstigen Nebenkosten) muß man weiter bezahlen.

Wenn man dann die Teilmiete (oder nur noch die Umlagen) überweist, auf dem Abschnitt vermerken, daß man um soundsoviel DM aufgerechnet hat!

Wenn man die Liste mit den Schäden und den Brief schickt, sollte man auch einen Duchschlag an das "Wirtschafts- und Ordnungsamt" im zuständigen Bezirksamt schicken. Die sollen sich auch drum kümmern.

Anstelle der Aufrechnung kann man den Vermieter auch darauf verklagen, daß er die Reparaturen durchführt. Oder man kann die Reparaturen selbst durchführen lassen und dann auf die Kosten klagen. Dies empfiehlt sich jedoch nicht so. Besser, der Hauseigentümer muß selbst kommen, wenn er etwas einwenden will.

MANIFEST
POLITISCHER BUCHLADEN
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79
Tel. 44 40 03

Sortiment
Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Ästhetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propagandapublikationen und theoretische Organe

Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher

NEU Internationale fremdsprachige Literatur

3. Mietminderung

Unabhängig von der Durchführung der Reparaturen durch den Mieter und der Aufrechnung, können die Mieter auch den Mietzins mindern, d.h., weniger oder gar keine Miete mehr zahlen. Voraussetzung ist, daß durch die bestehenden Mängel und Schäden der Gebrauchswert der Wohnung gesunken ist. Das Recht zur Minderung kann vertraglich nicht ausgeschlossen werden! Dieses Recht entsteht zugleich mit dem Auftreten von Mängeln und Schäden, von diesem Augenblick an kann man also den Mietzins verringern. Man muß das nicht vorher ankündigen, sondern nur zugleich mit der verringerten Zahlung mitteilen: "Miete um ... gemindert wegen ..."

Das Prinzip ist: Für Deine monatliche Zahlung mußt Du auch als Gegenwert eine Wohnung bekommen, die in Ordnung ist.

Wenn die Reparaturen durchgeführt sind, muß man wieder die volle Miete zahlen.

Höhe der Mietminderung:

Sie richtet sich nach dem Grad der Beeinträchtigung des Wohnwerts; wenn die Wohnung also praktisch nicht mehr zu benutzen ist, braucht gar keine Miete mehr gezahlt zu werden, wenn 1 Zimmer nicht mehr zu benutzen ist, kann die Miete um den Teil gekürzt werden, der prozentual auf dieses Zimmer entfällt. Wenn die Minderungshöhe nicht so klar bestimmt werden kann, muß über den Daumen gepeilt werden, um die Minderung in etwa der Beeinträchtigung entsprechen zu lassen.

Merke: Man kann erst bei Anzeige des Mangels für die Zukunft den Mietpreis mindern, nicht rückwirkend!

GEMEINSAM GEGEN MIETWUCHER UND BODENSPEKULATION!

KOMMUNIQUE ZUR KLUG-AKTION

Der folgende Beitrag ist uns nach dem Attentat auf den hamburger Justizsenator zugegangen. Wir drucken ihn ab, obwohl wir die Aktion beschissen fanden. Denn wir meinen, daß die unbedingt notwendige Diskussion über diese Aktion, wie allgemein über Fragen des bewaffneten Kampfes, nur dann geführt werden kann, wenn man weiß, was die Genossen selbst darüber sagen. Wir fordern alle Genossen auf, sich in den nächsten INFO-Nummern dazu zu äußern.

Bürger, Freunde, Genossen!
Heute, am 4.Oktober 1974, haben wir den politisch-militärischen Kampf aufgenommen gegen jene, die wissentlich als Handlanger, als Teil des menschenfeindlichen, verbrecherischen imperialistischen Herrschafts- und Gesellschaftssystems hier in der BRD unsere Genossen, die z.T. bereits seit Oktober 1970 in den Gefängnissen Westberlins und der BRD in Isolationshaft sitzen, physisch und psychisch zerstören wollen. Zwei dieser Handlanger des imperialistischen BRD-Systems sind - in Hamburg:

- Prof. Dr. Ulrich Klug, Justizsenator von Hamburg, Hamburg-Iserbrook, Pilzgrube 25

- Dr. med. Walter Mairose, Chefarzt des Zentralkrankenhauses (ZKH) im UG-Hamburg, Hamburg-Fuhlsbüttel, Maienweg 205.

Gegen sie richtet sich - exemplarisch für politisch sich entwickelnden Widerstand - unsere politisch-militärische Aktion vom heutigen Tage.
Anfang der siebziger Jahre organisierten sich Menschen aus allen Teilen der Bevölkerung der BRD zur politischen, antiimperialistischen, militärisch ausgerüsteten Guerilla - RAF, SOZIALISTISCHES PATIENTENKOLLEKTIV-HEIDELBERG, BEWEGUNG DES 2. JUNI und andere mehr. Aus der Geschichte, aus den konkreten Erfahrungen der Klassenkämpfe der Arbeiterklasse, aus Erfolgen und Niederlagen, aus der Analyse der Kämpfe und Befreiungskämpfe in Deutschland und der Welt, aus den heutigen, täglich erfahrbaren gesellschaftlichen Bedingungen, aus den realen Gegebenheiten der Zuspitzung der innerkapitalistischen Konflikte in der BRD hatten sie gelernt, erkannt, begriffen, daß man, als politisch bewußter Oppositioneller zum BRD-Imperialismus, zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, als Teil der unterdrückten und ausgebeuteten Klasse der abhängig Beschäftigten aus der Phase des bloßen Debattierens, der Streiks, der akademischen, politisch nichts verändernden Politzirkel und Parteien, aus der Phase des bloßen Demonstrierens, des Verbalradikalismus, aus der erfolglos gebliebenen Arbeit für systemüberwindende Reformen auf friedlichem Wege, aus der Phase des linken Sektierertums, der liberaldemokratischen Schickeria, heraustreten muß - um selbst zu handeln.
Weil die Bourgeoisie, das Kapital, der Reformfaschismus den Kampf, die bewaffnete Intervention und Initiative gegen's Volk längst aufgenommen hat. Gegen dieses menschenverachtende System des BRD-Imperialismus galt es sich zu wehren, was hieß: dagegen zu kämpfen.
BRD-Imperialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung - verlogen, kaschiert, umschrieben mit "freiheitlich-demokratische- Grundordnung" (FDGO), freiheitlich-liberaler sozialer Rechtsstaat - was u.a. ist:

- Krieg aller gegen alle, Konkurrenz jeder gegen jeden, Vereinzelungsstrategie, Entfremdung, Karrieretum, bornierte Ideologie des Kleinbürgertums;
- Ausbeutung des Menschen durch den Menschen - am Arbeitsplatz, Fließbandhetze, Akkord, REFA, Leistungsgesellschaft, Existenzangst, formierte Gesellschaft, Radfahrerideologie, Rationalisierung, Gesundschrumpfen, Denunziantentum, nach unten treten - Kampf der Klasse <u>in</u> der Klasse;
- Verdummung, Desorientierung, Verblödung des Volkes durch Werbung und die meisten Massenmedien - Gehirnwäsche, Kulturvermarktung - Ausschaltung der Spontaneität, der schöpferischen Kreativität; Einsamkeit, Verlorenheit, aneinander vorbeigehen;

- Manipulation - Verlust der menschlichen Identität; soziale Deklassierung für zehntausende - Angst, Unsicherheit, Mißtrauen;
- steigende Selbstmordraten, Ausgeflippte, zunehmender Alkoholismus; nackte Angst gerade unserer alten Mitbürger und sozialer Randgruppen, ihre Wohnung, ihren gewachsenen Lebensraum um der Profite willen zu verlieren - Depressionen, Krankheit - Beleidigungen, Erniedrigungen des Menschen;
- faschistoide Ideologie von Sitte, Recht und Ordnung - der Herrschenden: ihre Sitte, ihre Moral, ihr Recht, ihre Ordnung;
- Konsumterror, Wohlstandsfetischismus, Gesetz des Marktes - mörderischer Wettbewerb;
- Isolation des Einzelnen in der Familie, nach Feierabend, in den Wohngettos, der Uni, Betonsilos, Vorstadtsiedlungen - schon architektonisch, raumordnerisch fein säuberlich getrennt nach Einkommens klassen, Sozialstatus - das Eigenheim als Statussymbol;
- manipulierte Freizeit, fremdgesteuerte Reproduktionssphäre, Konsum, Vergeudungswirtschaft, Profite;
- Luxus, Profite auf Kosten der Arbeit der Arbeiter, Profite auf Kosten der Völker der Dritten Welt, der Ausbeutung deren Rohstoff-Ressourcen; Unterstützung rassistischer Ausbeutersysteme in Afrika, Asien und Lateinamerika;
- Faschismus, Krieg in Vietnam, Krieg der 'Militärischen Exekutionskommandos' (MEK), Krieg aber auch von alt gegen jung, jung gegen alt, Männer gegen Frauen, Erwachsene gegen Kinder, Deutsche gegen Ausländer;
- Abschieben jener, die für den Kapitalverwertungsprozess nicht mehr brauchbar sind - Altersheim, Sozialhilfe, Frühinvalidität, Klapsmühle, Psychiatrie - Integrieren, Verwalten, Verwahren, Vernichten; was ist Entfernung, physische und bewußtseinsmäßige Ausradierung aller jener, die gegen die sogenannten Normen gesellschaftlichen Wohlverhaltens verstoßen haben, gegen die Spielregeln - Spielregeln der Herrschenden - ab ins KZ, Rampe, ab in den Knast mit ihnen, ins Asyl, in die Schlichtwohnungen (= Übergangswohnungen für ehemalige Lagerbewohner, in den neuen Wohnsiedlungen, die deren Gettodasein zementieren), in den Arrest, Trakt - Separation, Isolation - letzlich die totale Vernichtungsstrategie - Mord.

Dagegen - und nicht wie die Schweine von Bundesgerichtshof(BGH), Bundeskriminalamt(BKA), parlamentarisch-politische Parteien, Springer- und Bauer-Verlags-Presse und manche von diesen verhetzte, verunsicherte, desorientierte Bürger und korrumpierte sogenannte Linke lügnerisch behaupten, die RAF und andere Revolutionäre seien eine kriminelle Vereinigung, handelten objektiv konterrevolutionär, dagegen wendete sich der politische Kampf der RAF und anderer Genossen. Und weil sie gegen den BRD-Imperialismus kämpften, politisch-konsequent: militärisch, dem menschenmordenden System des weltweiten Imperialismus hier, in den Metropolen, angemessen reagierend, die ROTE ARMEE aufbauend, deshalb sitzen sie, soweit nicht von den Schweinen der MEK, der Politischen Polizei bereits ermordet, seit Jahren in totaler Isolationshaft - "moderne" Folter - spurenlose Zerstörung von Persönlichkeitsstrukturen.

Gegen diese SONDERBEHANDLUNG richtet sich der HUNGERSTREIK der politischen Gefangenen in West-Berlin und in der BRD jetzt: Seit dem 13.9.74. Allein im Hamburger UG sind unsere Genossen Ilse Stachowiak, Christa Eckes, Margrit Schiller, Eberhard Becker, Helmut Pohl Gerd Müller, Wolfgang Beer, Ekkehard Blenck, Irmgard Möller und Werner Hoppe im Hungerstreik. Eine vielfache Zahl politischer Gefangener ist mit ihnen in anderen Gefängnissen der BRD solidarisch. Auch sie sind seit dem 13.9. im Hungerstreik.

Dieser politische Hungerstreik wird von den Herrschenden - zu Recht - als politische Kampfansage an sie, ans System, begriffen: Weil die politischen Gefangenen sich nicht kaufen lassen. Genauso, wie der politisch bewußte Arbeiter sich vom Unternehmerschwein nicht kaufen lässt. Resozialisierung, was heißt Wiedereingliederung ins System des BRD-Imperialismus - das ist nicht drin!

Dieser Hungerstreik wird ultimativ geführt so lange, bis die Klassenjustiz gezwungen ist, die Sonderbehandlung der politischen Gefangenen aufzuheben. Aufhebung der SONDERBEHANDLUNG heißt hier: Gleichstellung der politischen Gefangenen mit den sonstigen Gefangenen.

Die Hamburger Justizbehörde, für die Senator Klug verantwortlich ist, kündigte in der Rundfunksendung "Umschau

am Abend" vom 17.9.74 an, daß den politischen Gefangenen nach einer Woche des Hungerstreiks das Trinkwasser entzogen wird.- jeder Arzt, jeder Mensch weiß aber: Trinkwasserentzug bei einem Hungernden führt unweigerlich zur Vergiftung des Blutes, führt nach kurzer Zeit zum Tode. Trinkwasserentzug ist Mord!

Wo aber das - eventuell - die Reformknastschweine noch aufhält, ihre Zerstörungs- und Vernichtungsstrategie politisch Andersdenkender zu vollenden wollen sie die sich jetzt im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen zur Zwangsernährung zwingen, um so den politischen Widerstand gegen den BRD-Imperialismus, wovon Reform-Knast und Sonderbehandlung nur ein Teil sind, zu brechen. Hierbei leistet, wie bereits in der Vergangenheit, z.B. im März 1972, das Gefängnis-Ärzte-Schwein Dr.Mairose aktive Unterstützung: 4 Tage nach Lungen- und Kieferoperation (Lungendurchschuß und Kiefer Durchschuß) wurde der lebensgefährlich verletzte politische Gefangene Manfred Grashof, aus der Intensivstation der chirurgischen Klinik - obwohl er noch auf Infusionsbehandlung und künstliche Ernährung angewiesen war - in eine normale Haftzelle verlegt - gebilligt von Dr.Mairose.

Mairose und Klug - gewiss - sie sind "nur" Handlanger des Imperialismus, sind Charaktermasken des Systems, sind auswechselbare Typen, sind nicht d a s System des Imperialismus, das es zu bekämpfen und abzuschaffen und durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung, gekennzeichnet von Humanität und Solidarität, zu ersetzen gilt. Das ist noch ein langer Weg, ein Weg des zu entfachenden revolutionären Kampfes, eines jeden, der ausgebeutet unterdrückt, in den Dreck getreten, kaputtgemacht werden soll, der sich nicht zum Komplizen des Systems gemacht hat und machen lässt. Ein Kampf an allen Fronten dieses Systems. Nicht etwa stellvertretend zu führen von wenigen fürs Volk!

Unsere politisch-militärische Aktion vom heutigen Tage ist sichtbarer Beginn unserer Kampfansage. Ist unser Beitrag zum politischen Kampf, wie er heute, in fast allen gesellschaftlichen Bereichen gegen die Unterdrükkungs-, Entrechtungs- und Ausbeutungsordnung des BRD-Imperialismus geführt wird. Ist nicht Vergeltung, ist nicht Bestrafung, auch nicht nur einfach Verunsicherung jenes Klug und Mairose als Verantwortliche hier für die Isolationsfolter an den politischen Gefangenen. Unsere Aktion muß begriffen werden als politische Solidarisierung mit Gefangenen. Muß aber ebenso begriffen werden als Aufforderung an alle Genossen, auf breiter Ebene, jeder an seinem Platz, den politisch-konsequenten Widerstand gegen den Imperialismus zu organisieren und zu führen.

RAF/AO

IMPRESSUM

presserechtlich verantwortlich ist unsere liebe Genossin Gisela Kramer.
Kontaktieren könnt ihr uns über:
Manifest, Politischer Buchladen,
2 Hbg.13, Schlüterstr.79

WAS WIR WOLLEN

Revolutionäre Praxis kann heute nur dann langfristig erfolgreich sein, wenn wir in der Lage sind, die Methode des revolutionären Marxismus auf den gegenwärtigen Kapitalismus anzuwenden, anstatt nach Patentrezepten in der Mottenkiste der Arbeiterbewegung zu suchen, wenn wir die Frage der Organisierung revolutionärer Praxis nicht als Problem der Stärkung irgendwelcher aufgeblasener Parteiansätze begreifen, sondern als Problem der Entwicklung von Eigeninitiative und Selbstorganisation der unterdrückten Teile des Volkes, wenn es gelingt, Organisations- und Kampfformen zu entwickeln, die antihierarchischen, nichtautoritären Charakter haben, wenn wir es lernen, die politische Arbeit mit der Revolutionierung unseres eigenen Lebenszusammenhanges zu verbinden.

In diesem Rahmen sehen wir unsere Funktion.

Das INFO ist nicht das Organ einer Organisation oder Partei und auch kein Agitationsblatt, das sich an eine breitere Öffentlichkeit wendet, sondern ein Instrument, das Informationen über die politische Entwicklung in Hamburg, über die Arbeit der undogmatischen Linken Gruppen verbreitern soll, um auf diese Weise einen möglichst breiten und kontinuierlichen Diskussionsprozess in Gang zu setzen, der die Isoliertheit der verschiedenen Basisansätze, den Provinzialismus, die mangelnde Aufarbeitung der eigenen Erfahrungen aufheben soll.

Daran müssen sich alle Gruppen und Genoss(in)en der undogmatischen Hamburger Linken beteiligen.

Dem Ziel, das INFO zu einem brauchbaren politischen Instrument zu machen, werden wir nur dann gerecht werden, wenn alle Genossen in ihren Beiträgen rücksichtslos offen gegenüber sich selbst und der Bewegung sind, weil wir nur dann wirklich aus unseren Erfahrungen und Fehlern lernen werden. Überwunden werden muß ein Zustand linker Publizistik, der zwar im innerorganisatorischen Bereich - und auch dort meist nur auf höherer Ebene - Fehler und Mißerfolge eingesteht, nach außen hin jedoch die eigene Mickrigkeit zum Träger gewaltiger und immer siegreicher Kämpfe hochstilisiert.

Das INFO hat nicht den Ehrgeiz, den überregionalen linken Zeitungen, wie der WIR WOLLEN ALLES, Konkurrenz zu machen, sondern beschränkt sich auf die Diskussion der politischen Probleme des Hamburger Raums.

Das INFO erscheint unregelmäßig. Wir werden uns nicht nach formalen Zwängen richten, sondern nach den politischen Bedürfnissen der Hamburger revolutionären Linken.